

IGOKD * Neil-Armstrong-Str. 1b * 63457 Hanau a.M.

An

die Bundestagsfraktionen im deutschen Bundestag

an die SED-Opferbeauftragte im deutschen Bundestag

Evelyn Zupke

Hanau am Main / Berlin cm/ mm 2026

21.03.März 2026

Sehr geehrte Damen und Herren der Bundesregierung, sehr geehrte Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur,

als Bundesvorsitzender des IGOKD – Dachverbands der Opfer kommunistischer Diktaturen – sehe ich mich veranlasst, erneut auf einen schwerwiegenden Missstand aufmerksam zu machen, der bis heute zahlreiche Betroffene belastet. Es geht um die anhaltende Weigerung der Bundesrepublik Deutschland, politisch Verfolgte, die in anderen sozialistischen Staaten inhaftiert waren, in das bestehende Entschädigungsrecht aufzunehmen.

Der aktuelle Fall von Herrn Plach zeigt diese Problematik in besonderer Deutlichkeit. Herr Plach war zum Zeitpunkt seiner Inhaftierung in der damaligen Tschechoslowakei (CSSR) deutscher Staatsbürger. Er wurde dort aus politischen Gründen festgenommen und mehrfach vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR zu Verhören in die DDR verbracht. Diese Vorgänge belegen eindeutig, dass seine Verfolgung nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern im direkten Zusammenhang mit der repressiven Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten des Ostblocks stand.



**Gerechtigkeit
der Opfer der
kommunistischen
Diktatur e.V.
IGOKD / Dachverband**

Sektion Deutschland

Neil-Armstrong-Straße 1b
D - 63457 Hanau am Main

1.Vorsitzender
Mike Mutterlose

Stellv. Vorsitzender
Dr. Hans D. Ripperger

Schatzmeisterin
Andrea Rugbarth

Beisitzer
Gundhardt Lässig
Andreas Hartlep

Kontoverbindung Deutsche
Skatbank

IBAN
DE59 8306 5408 0005 4337 97
BIC
GENODEF1SLR

**www.initiative-fuer-
gerechtigkeit-von-sed-
opfern.de**

ini.gerechtigkeit@gmx.de

Trotz dieser klaren politischen Verfolgung und trotz der historischen Verflechtungen innerhalb des Ostblocks verweigert die Bundesrepublik Deutschland bis heute die Anerkennung als Anspruchsberechtigter nach den einschlägigen Rehabilitierungs- und Entschädigungsgesetzen. Dies führt zu einer Ungleichbehandlung, die wir als erneute Diskriminierung politischer Häftlinge in Osteuropa und der DDR empfinden.

Während das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) und das Berufliche Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) klare Regelungen für Opfer der DDR-Diktatur enthalten, besteht für politisch Verfolgte die Inhaftiert in anderen sozialistischen Staaten bis heute eine gesetzliche Lücke. Diese Lücke widerspricht dem historischen Kontext, in dem die Bundesrepublik nach 1990 wiederholt betont hat, dass das Unrecht der kommunistischen Regime des Ostblocks nicht isoliert voneinander betrachtet werden darf.

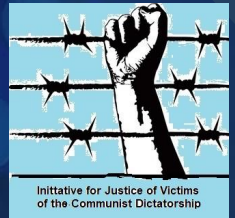
Viele Betroffene – darunter auch Herr Plach – wurden im Rahmen der politischen Blockkonfrontation verfolgt, oftmals im Zusammenhang mit Fluchtversuchen, Kontakten nach Westen oder regimekritischen Aktivitäten. Die Tatsache, dass dieses Unrecht außerhalb der DDR stattfand, darf nicht dazu führen, dass diese Menschen heute ohne Anerkennung und ohne Unterstützung bleiben.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie um eine klare Stellungnahme zu folgenden Punkten:

- Wie bewertet die Bundesregierung die bestehende Rechtslage für politisch Verfolgte in anderen sozialistischen Staaten?
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese Opfergruppe in das bestehende Entschädigungsrecht einzubeziehen oder gesetzliche Anpassungen vorzunehmen?
- Wie gedenkt die Bundesbeauftragte, sich für die Schließung dieser offensichtlichen Gerechtigkeitslücke einzusetzen?

Als Dachverband, der die Interessen der Opfer kommunistischer Diktaturen vertritt, sehen wir es als unsere Pflicht, auf diese Ungleichbehandlung hinzuweisen und eine gerechte Lösung einzufordern. Politische Verfolgung darf nicht nach Staatsgrenzen bewertet werden, sondern nach dem erlittenen Unrecht.

Ich bitte um eine zeitnahe Rückmeldung und stehe für ein persönliches Gespräch jederzeit zur Verfügung.



Mit freundlichen Grüßen

Initiative für Gerechtigkeit der Opfer der Kommunistischen Diktatur e.V./
Dachverband

Mike Mutterlose

Bundesvorsitzender der IGOKD

Vorsitzender Der Vereinigung(AK) 17.Juni 1953 e.V.



Initiative for Justice of Victims
of the Communist Dictatorship